

# Kretschmer: »Wir haben das gemeinsam gewollt«

Bei der Verlegung von Nato-Truppen wird auch Sachsen zur Drehscheibe. Die Debatte darüber beschäftigt die Landespolitik

---

Neues Deutschland · 10 März 2020 · Von Hendrik Lasch

---

Nato-Manöver wie »Defender 2020« stoßen in Ostdeutschland auf Protest von links wie rechts und sind für Landespolitiker äußerst heikel.

Michael Kretschmer übt sich im Spagat. Er habe sich »für ein gutes Verhältnis zu Russland eingesetzt«, sagte Sachsens CDU-Regierungschef vorige Woche bei einem Termin in der »Wettiner-Kaserne« der Bundeswehr in Frankenberg. Das ist kaum zu bestreiten: Im Sommer 2019 traf er sich in St. Petersburg mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, was bei etlichen seiner Parteifreunde für heftige Irritationen sorgte. Auch 2020 wolle er »mindestens zweimal« nach Russland reisen, kündigte er jetzt an: nach Moskau und St. Petersburg.

Zugleich aber sitzt Kretschmer nun auf einem Podium zwischen Generälen von Bundeswehr und US-Armee, die über das bevorstehende Manöver »Defender Europe 2020« berichten – eine Übung, die Kretschmers künftige russische Gastgeber als bedrohlich empfinden. »Und trotzdem« verteidige er die Zusammenarbeit in der Nato, sagt Kretschmer und betont, den Militärs als Politiker bewusst Gesellschaft zu leisten. Das Manöver gehe auf politische Beschlüsse zurück, die von den Mitgliedsländern der Nato auf mehreren Gipfeln seit 2014 getroffen wurden. »Wir haben das gemeinsam gewollt und gestalten das gemeinsam«, sagt der CDU-Politiker und nimmt die Landespolitik ausdrücklich in die Pflicht. Namens der sächsischen Staatsregierung, an der neben der CDU auch SPD und Grüne beteiligt sind, erklärt er: »Wir halten diese Übung für notwendig.«

Dass das auch eine Mehrheit der Sachsen so sieht, darf indes bezweifelt werden. Zumindest ist der Landesregierung klar, dass Nato-Aktivitäten im Freistaat höchst kontrovers diskutiert werden. »Ich weiß, dass es auch Bedenken gibt«, sagt der Regierungschef. Als Anfang 2019 schon einmal US-Konvois durch den Freistaat rollen sollten – freilich in viel kleinerem Umfang als jetzt geplant –, erklärte Kretschmer, er könne »nachvollziehen, dass das Thema Militär und Waffen für Verängstigung sorgt und man sich eine Welt wünscht, die ohne Militär auskommt«.

Der Regierungschef entschloss sich damals, das Thema offensiv anzugehen – und

lud Nato-Vertreter in die Staatskanzlei, was für Kritik der Opposition sorgte. Diesmal blieb er auf militärischem Terrain, holte sich zur argumentativen Unterstützung aber

erneut eine Diplomatin aus dem Baltikum an die Seite. Inga Skujina, Botschafterin Lettlands in der Bundesrepublik, schilderte die Sorgen in ihrem Land vor Russland, die durch die Eskalationen in Georgien 2008 und der Ukraine 2014 geschürt worden seien. »Wir wollen keinen Konflikt eingehen«, sagte sie, »aber wir müssen bereit sein, uns zu verteidigen.« Kretschmer appelliert an die Sachsen, derlei Sorgen ernst zu nehmen: In den baltischen Staaten gebe es »ein ganz anderes Gefühl von Bedrohung und Unsicherheit« als im Freistaat.

Dass man darauf mit einer Übung reagieren muss, die ihrerseits erklärtermaßen der »Abschreckung« dient, meinen viele in Ostdeutschland, wo es traditionell eine größere Nähe zu Russland gibt, indes nicht. Rico Gebhardt, Fraktionschef der Linken im Landtag, ist überzeugt, dass für das »unsinnige, teure und gefährliche« Manöver »große Teile der Bevölkerung kein Verständnis« hätten. Man wolle »nicht zurück in die Zeit der Konfrontation des Kalten Kriegs, den wir überwunden glaubten«, sagt er. Die Linke mobilisiert in Sachsen zu Protesten gegen die Militäraktion. In Anspielung darauf, dass Kretschmer als Regierungschef persönlich zu den Konzerten einer Big Band der Nato nach Frankenberg und Weißwasser einlädt, erklärt Gebhardt, statt »Let's rock!« rufe man »Let's protest!«

Unmut über das Manöver wird nicht nur von links geäußert, sondern auch von rechts. Bei einer Debatte im Landtag Ende Januar erklärte André Wendt, Landtagsvizepräsident von der AfD, die Nato müsse natürlich üben, aber »bitte nicht vor den Toren Russlands«. Das Manöver sei so unnütz wie die Sanktionen gegen Russland, die nicht zu einer Verständigung geführt hätten. Die AfD, aber auch Pegida pflegen einen russlandfreundlichen Kurs, nicht zuletzt wegen der autoritären Politik Wladimir Putins. Bei Pegida-Aufmärschen sind regelmäßig Fahnen zu sehen, bei denen die schwarz-rot-goldenen Streifen der deutschen Flagge in das Blau-Weißrot der russischen übergehen.

Die Frage, wie das Verhältnis zu Russland gestaltet wird, hat daher in Sachsen auch erhebliche innenpolitische Brisanz – was dem CDU-Regierungschef klar ist. Das Treffen mit Putin in St. Petersburg, bei dem auch eine Einladung zu einem Gegenbesuch des russischen Präsidenten ausgesprochen wurde, fand nicht zufällig mitten im sächsischen Landtagswahlkampf statt. Der ist nun zwar vorbei. Im schmerzhaften Spagat befindet sich Kretschmer aber weiter.

»Kriegsgefahr ist kein Grund zum Feiern. Wenn Kretschmer ruft: ›Let's rock!‹, rufen wir: ›Let's protest!‹«

Rico Gebhardt, Linke